

Presseinformation

Kiel, den 24.4.2008

Es gilt das gesprochene Wort

Anke Spoorendonk

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

TOP 35

Anmeldungen zur Sekundarstufe 1 Drs. 16/1998

Bisher haben wir nur der Presse entnehmen können, wie die Anmeldezahlen zur Sekundarstufe 1 aussehen. Daher macht es schon Sinn, dass die Ministerin heute in einem mündlichen Bericht darlegt, wie die Zahlen tatsächlich aussehen. Als wir vor einigen Monaten hier im Plenum den Stand der Genehmigungen von neuen Gemeinschafts- und Regionalschulen debattieren, wurde deutlich, wie gut die Gemeinschaftsschule von den Schulträgern angenommen wird. Mag sein, dass einige Bildungspolitiker davon überrascht worden sind. Fest steht aber jetzt schon – und die Anmeldezahlen scheinen dies zu belegen: Gemeinschaftsschulen sind Elternschulen.

Die Eltern haben einigen Orts massiv Druck machen müssen, damit vor Ort die entsprechenden Anträge auf den Weg gebracht wurden. Eltern wollen mit anderen Worten eine Schulform, die ein Höchstmaß an individueller Förderung ermöglicht. Keine Mutter und kein Vater macht sich die Entscheidung leicht, welcher Schultyp den Neigungen und Fähigkeiten des Kindes am besten entspricht, und das Sortieren der Kinder im Alter von zehn Jahren beschwört in vielen Familien die falschen Bilder herauf. Darum ist es gut, dass die gemeinsame Beschulung sich langsam, aber deutlich durchsetzt. Die Eltern zeigen mit ihrem Anmeldeverhalten, dass sie die Gemeinschaftsschule für ihr Kind wollen.

Ich warne allerdings davor, die Anmeldezahlen als Propagandainstrument zu missbrauchen. Dafür sind sie sicherlich nicht geeignet. Sie geben allerdings deutliche Signale an die Schulpolitik. Ein Signal ist, dass die Regionalschule zu wenige überzeugende Argumente anbringen kann. Die Eltern sehen diese Schulform nicht als zukunftsfähig an. Das ist eine Abstimmung mit den Füßen. In Schleswig liegen bei der Dannewerkschule, die ab nächstem Schuljahr Gemeinschaftsschul-Unterricht anbietet, 125 Anmeldungen vor; bei der Bruno-Lorenzen-Schule, die ab übernächstem Schuljahr Gemeinschaftsschule wird, sind es 100. Bei der Regionalschule, der Gallbergschule, wurden 45 Kinder angemeldet, was einem Fünftel entspricht. Das sind die Fakten. So sieht es auch im Rest des Landes aus.

Ich erwarte, dass sich dieser Trend fortsetzen wird. Die Gemeinschaftsschule hat nämlich die Argumente auf ihrer Seite. Die Regionalschule erweist sich als nicht durchsetzungsfähig. Einige Regionalschulen werden also trotz geringerem Schülerschlüssel als die Gemeinschaftsschulen nur mit Mühe antreten können.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass die Regionalschulen kein Imageproblem haben, dem man mit etwas professionellem Marketing schon auf die Beine helfen könnte. Die Regionalschule bietet eben nicht die Möglichkeiten einer Gemeinschaftsschule, sondern engt Optionen ein.

Das wollen die Eltern offensichtlich nicht. Sie wünschen sich, dass ihr Kind eine Welt eröffnet wird, anstatt dass Türen knallend ins Schloss fallen. Grundsätzlich gilt daher auch, dass die Übergänge zwischen den Schularten ein Problem des neuen Schulgesetzes bleibt. Die Hürden, was beispielsweise den Erwerb der zweiten Fremdsprache angeht, sind zu hoch.

Ich fasse zusammen: Aus Sicht des SSW ist es besser für die Kinder, wenn alle Schulen in Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden. Die Gemeinschaftsschulen könnten im Rahmen ihrer pädagogischen Arbeit einfach schneller auf veränderte Anforderungen reagieren – und das wissen die Eltern. Das kann man an den Anmeldezahlen überdeutlich ablesen.